

## Aargau

# Energiekrise: Lage unnötig dramatisiert?

Regierungsrat Stephan Attiger sagt, warum die Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig war, wie und wo er selber Energie spart, was er vom neuen Bundesrat Albert Rösti erwartet, wie er die Einwohner von Birr vor Lärm schützt und wann ein Atomkraftwerk wieder zum Thema werden könnte.

Fabian Hägler

«Stromangellage» ist das Wort des Jahres 2022 – bisher ist sie nicht eingetroffen, derzeit ist eine Energiekrise kaum mehr Thema. Würde die Situation unnötig dramatisiert?

Stephan Attiger: Nein, ein Blick auf die noch nie da gewesenen Höchststände der Grosshandelspreise für Strom und Gas zeigt, dass insbesondere mit dem Versiegen der Gasfässer von Russland nach Westeuropa im August klar von einer sich abzeichnenden Mangellage ausgegangen werden musste. Dazu kamen weitere Faktoren wie die Trockenheit und die reduzierte Verfügbarkeit von Stromimporten aus Frankreich, auf die die Schweiz angewiesen ist. Wenn der Chef der Stromaufsichtsbehörde Elcom empfiehlt, Brennholz und Kerzen zu kaufen, ist das zwar aus der damaligen, akuten Situation nachvollziehbar. Stand heute mit Blick zurück war die Aussage wohl nicht optimal.

Sie haben Medienkonferenzen zur Energiekrise durchgeführt und eine Taskforce eingesetzt – doch jetzt ist alles nicht so schlimm ...

Momentan hat sich die Lage entspannt, insbesondere dank der milden Witterung. Wir haben deshalb aber auch wenig Schneespeicher für die Wasserkraft für das Frühjahr. Das Thema hat sich nicht aufgelöst, sondern voraussichtlich auf die nächsten Winter verschoben. Den Ukraine-Krieg, das Wetter und die Verfügbarkeit der französischen AKW können wir nicht beeinflussen. Deshalb arbeitet die Taskforce weiter und erstellt Eventualplanungen – sie hat jetzt einfach mehr Zeit.

Der Kanton lancierte eine Energiespar-Kampagne mit Sparfüchsen – was hat das gebracht?

Eine Quantifizierung des Effekts ist schwierig, wie bei jeder indirekten Massnahme. Auf jeden Fall haben wir die Bevölkerung mit der Kampagne für das Thema Energie sensibilisiert. Dies zeigt auch die gestiegene Nachfrage bei der Energieberatung: Es sind 8 Prozent mehr als 2021 und sogar 40 Prozent mehr Beratungen vor Ort.

Hat die Aargauer Bevölkerung bisher Strom gespart oder hat einfach der milde Winter geholfen?

Eine Quantifizierung ist zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich. Sicher ist: Der bislang milde Winter hat geholfen. So waren Stromersparungen ohne grosse Komforteinbusse möglich.

Sie haben vor der Mangellage gewarnt, es gab Sparaufrufe an die Bevölkerung und den Slogan «jede Kilowattstunde zählt». Werden Ihnen die Leute noch glauben, wenn Sie das im kommenden Herbst wieder machen?

Heute zeichnet sich ab: Wenn es keine extremen Veränderungen gibt, werden wir diesen Winter ohne Strom- und Gasmangel überstehen. Das ist erfreulich, aber wir müssen uns tatsächlich überlegen, wie es gelingen kann, die Bevölkerung künftig zu sensibilisieren. Jetzt profitieren wir noch davon, dass bis im Frühsommer die Speicher mit günstigem russischem Gas gefüllt wurden. Künftig wird das nicht mehr der Fall sein, und wenn dann ein harter Winter und Probleme mit AKW dazukommen, kann es rasch knapp werden.

Wie sparen Sie als Energiedirektor selber Strom – privat und am Arbeitsplatz?

Zu Hause haben wir die Heiztemperatur reduziert und meine Frau hat in der Dusche eine Sparbrause eingebaut. Jetzt fliesst dort viel weniger Warmwasser, das war zuerst gewöhnungsbedürftig, ist jetzt aber völlig normal für uns. Im Büro kann man die Heizung nicht selber regeln, aber die Verwaltung geht mit gutem Beispiel voran: Wir haben die Raumtemperatur auf rund 20 Grad gesenkt. Zudem werden abschaltbare Steckerleisten vermehrt eingesetzt und standardmässig kommt kaltes Wasser aus dem Wasserhahn bei den Toiletten.

Sie haben die Temperatur in allen Gebäuden des Kantons reduziert. Gab es dagegen Reklamationen?

Der Regierungsrat hatte beschlossen, die Raumtemperatur in allen kantonalen Gebäuden auf 18 bis 20 Grad zu senken. Es gab aber Fälle von Räumen, wo es nach der Senkung nur 16 Grad warm war und die Leute tatsächlich froren oder bei der Arbeit eine dicke Jacke trugen. Es gab vereinzelt Reklamationen, inzwischen hat sich die Lage aber entspannt und wir haben Anfang Dezember beschlossen, den Sollwert auf 20 Grad anzusetzen.

Notfalls will der Bund einigen Verbrauchern den Strom für ein paar

Stunden abschalten. Das ist aber gar nicht so einfach – was muss sich bei der Stromversorgung ändern?

Nicht nur gewisse Verbraucher, sondern die meisten Bezüger würden zyklisch vom Netz getrennt. Netzabschaltungen stellen Wirtschaft und Gesellschaft sowie Infrastrukturen vor grosse Probleme. Deshalb setzt sich der Regierungsrat entschieden dafür ein, dass sich der Bund von dieser Massnahme verabschiedet. Die Einsparungen müssten durch verstärkte Contingentierungen und freiwillige, gegen Entschädigung vollbrachte Reduktionen des Netzbezugs erreicht werden.

Es gibt im Aargau diverse grosse Stromverbraucher – gehen Sie als Regierungsrat auf diese Firmen zu und wie reagieren die Verantwortlichen auf Sparvorschläge?

Unternehmer sind derzeit schon nur aus finanziellen Gründen sehr sensibilisiert für den Stromverbrauch. Viele haben ihre Prozesse überprüft und Möglichkeiten zum Stromsparen gesucht. Was ich immer wieder höre, wenn ich mit der Wirtschaft rede: Die Verantwortlichen der Firmen müssen planen können. Wenn ein Unternehmen zum Beispiel ab Mitte Februar die Produktion drosseln und so freiwillig weniger Strom verbrauchen würde, muss es wissen, ob es dafür eine Entschädigung gibt und es für die Angestellten dann Kurzarbeit anmelden kann. Wenn das geregelt ist, sagen mir viele Firmenchefs: Das ist für uns besser als eine temporäre Stromabschaltung, bei der ich nicht weiss, wann sie eintritt und wie lange sie dauert.

Was empfehlen Sie den Firmen, soll jetzt jedes Unternehmen ein Notstromaggregat kaufen oder Solarzellen auf dem Dach installieren?

Dafür braucht es keine spezielle Empfehlung des Energiedirektors, diese Überlegungen machen die Unternehmer schon selber. Es hat sich die Er-

## Zur Person

Stephan Attiger ist 55 Jahre alt, wohnt in Baden, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Der Freisinnige leitet seit 2013 das Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau. Er wurde bei den Wahlen 2020 als Regierungsrat im Amt bestätigt. Auf nationaler Ebene ist Stephan Attiger Präsident der Bau- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) und Vorstandsmitglied der Energiedirektorenkonferenz (ENDK). Vor der Wahl in die Kantonsregierung war er Stadtkammann von Baden und Grossrat. Hobbys von Stephan Attiger sind Wandern, Joggen im Badener Wald, Langlauf, Velofahren und Motorrad. (fh)



kenntnis durchgesetzt, dass eine Firma in der Lage sein muss, ihren Stromverbrauch eine gewisse Zeit lang selber abzudecken. Das finde ich im Grundsatz positiv, wenn die Unabhängigkeit dank Notstromaggregaten und Solaranlagen steigt.

Der Regierungsrat hat sich gegen eine sogenannte Strompolizei ausgesprochen, es soll keine Strafen für Private geben, die trotz Verbot das Licht einschalten – aber Verbote ohne Kontrolle nützen doch nichts?

Wie in der Coronapandemie appellieren wir an die Vernunft und Eigenverantwortung der Bevölkerung. Aus unserer Sicht hat sich das bewährt, umso wichtiger sind die Aufklärung der Leute und Sensibilisierungskampagnen.

Am Freitag hat General Electric die Medien zu einem Testlauf des Notkraftwerks Birr eingeladen – die Turbine funktionierte aber nicht. Haben Sie selber schon gehört, wie laut die Anlage ist?

Die Leerlauftests, die momentan durchgeführt werden, sind nicht extrem laut. Mehr Erkenntnisse werden sich aus den Tests aller acht Turbinen

unter Vollast in den kommenden Wochen oder spätestens erste Hälfte Februar ergeben. Man muss schon sehen: Das ganze Projekt wird innert kürzester Frist vollbracht. Was sonst drei bis vier Jahre geht, wird jetzt in drei bis vier Monaten realisiert. Dennoch muss man Rücksicht nehmen auf die Anwohnerinnen und Anwohner, und da sind wir beim Lärmschutz inzwischen auf einem guten Weg.

Was heisst das konkret, die Schalldämpfer für die Turbinen und die Lärmschutzfenster lassen doch auf sich warten?

Wir hatten am Anfang befürchtet, dass über Weihnachten und Neujahr in Birr acht Turbinen ohne Lärmschutz laufen könnten. Der Regierungsrat hat früh eine Lärmschutzwand, Schalldämpfer und Lärmschutzfenster für die Anwohnenden gefordert. Die Lärmschutzwand ist derzeit im Bau. Ich bin mal privat dort vorbeigefahren, die Wand wird 20 Meter hoch, das ist imposant. Die Bevölkerung nimmt wahr, dass wir als Kanton unser Möglichstes tun, um sie zu schützen. Wir haben die Zusage, dass die Lärmschutzwand bis Mitte Februar steht und alle Turbinen bis Mai oder Juni mit Schalldämpfern ausgerüstet sind.



Energiedirektor Stephan Attiger hat zu Hause die Heizung zurückgedreht und spart auch Warmwasser beim Duschen.  
Bild: Alex Spichale

### Wie kontrollieren Sie die Einhaltung der Lärmgrenzwerte?

Wir haben Messgeräte in der Umgebung des Notkraftwerks installiert und kontrollieren damit die Lärmbelastung. Zudem werde ich nach Möglichkeit selber vorbeigehen, wenn alle acht Turbinen miteinander unter Volllast laufen. Ich habe auch dem neuen Umwelt- und Energieminister Albert Röstli einen Brief geschrieben und ihn dazu eingeladen.

### Vielleicht baut GE jetzt ein Kraftwerk für fast 500 Millionen Franken und reisst es Mitte 2026 wieder ab, ohne dass es einmal lief – das wäre ziemlich absurd...

Heute ist klar: Diesen Winter wird das Reservekraftwerk ziemlich sicher nicht benötigt, und das ist insofern gut, weil bis zum kommenden Herbst alle Lärmschutzmassnahmen umgesetzt sind. Das Kraftwerk ist eine Versicherung, eine Art Notstromaggregat für die gesamte Schweiz. Wie bei solchen Lösungen üblich, will man sie nicht in Anspruch nehmen, und die Kosten orientieren sich nach Eintretenswahrscheinlichkeit. Den Preis, der zwischen Bund und GE vereinbart wurde, kann ich nicht kommentieren. Er reflektiert sicherlich die zeitliche Dringlichkeit.

### Der Kanton will, dass ab 2026 in Birr ein definitives Gaskraftwerk steht. Warum setzen Sie auf diese klimaschädliche Technologie.

Jede Region muss einen Beitrag leisten, sei es bei der Wasserkraft, bei Solaranlagen in den Bergen oder bei Windparks. Der Aargau ist durch seine zentrale Lage und die Infrastruktur mit Öllager, Gasleitungen, Stromablenkungsinfrastruktur prädestiniert für ein Gaskraftwerk. Es ist klar, dass diese Kraftwerke nur eine Überbrückungstechnologie darstellen, niemand will längerfristig viele fossile Brennstoffe verfeuern. Aber es ist die einzige Möglichkeit, um kurzfristig und flexibel den steigenden Strombedarf zu decken.

### Ihre Partei, die FDP, und auch die SVP fordern neue Atomkraftwerke. Nur so lasse sich der künftige Strombedarf klimaneutral decken – was sagen Sie dazu?

Die momentane Gesetzesgrundlage lässt den Bau von neuen Atomkraftwerken nicht zu. Abgesehen davon würde die Planungs- und Bauzeit rund 20 Jahre betragen. Damit wäre die Inbetriebnahme für die aktuellen Herausforderungen zu spät. Weiter stellt sich die Frage nach dem Bauherrn und dem Betreiber, zumal die Investitionen sehr hoch sind. Je nach Entwicklung der Technologie und Lösung des Abfallproblems könnte die Atomenergie längerfristig allenfalls wieder ein Thema werden – aber damit meine ich neue Technologien mit einem Zeithorizont realistischerweise in 20 bis 30 Jahren.

### Was erwarten Sie vom neuen Energieminister Albert Röstli? Er gilt ja als Öl- und Atomlobbyist...

Zuerst einmal gratuliere ich Bundesrat Albert Röstli zur Wahl. Aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit in den Verbänden und als Nationalrat kennt er die Dossiers in der Energiepolitik bestens. Natürlich bringt er als SVP-Mann eine andere politische Prägung mit als Simonetta Sommaruga als SP-Frau. Aber die Energiestrategie steht, viele Geschäfte sind aufgegleist, ich gehe davon aus, dass diese nahtlos weitergeführt werden. So wie ich Albert Röstli kennen gelernt habe, arbeitet er lösungsorientiert, pragmatisch und ist kompromissbereit.

### Was sagen Sie zu Blockaden von Klimastreik-Aktivisten, die sich auf Strassen festkleben oder im Aargau das Steinbruch-Gelände von Jura Cement besetzen?

Sich politisch Gehör zu verschaffen, ist legitim, solange man sich im gesetzlichen Rahmen bewegt. Wir hatten auch schon Gespräche mit Vertretern der Klimabewegung und Kantonsexperten, das waren gute Diskussionen. Aber wenn Gesetze gebrochen werden, kann ich solche Aktionen nicht gutheissen.

### Grossräte fordern Solardarlehen des Kantons – der Regierungsrat sagt Nein. Der Gewerbeverband will den Solarausbau auf Firmendächern beschleunigen – der Kanton will keine Bürgschaften übernehmen. Warum so zurückhaltend?

Die Forderung nach Solardarlehen ist im Grossen Rat als Postulat überwiesen worden, deshalb wird der Regierungsrat prüfen, wie sich dieses Anliegen umsetzen lässt. Das Anliegen des Gewerbeverbandes zum Solarausbau ist richtig und berechtigt. Das Potenzial auf Industrie- und Gewerbebauten ist gross, insofern sind wir mit der Forderung einig. Aber dem Kanton ist bei der Umsetzung die Gleichberechtigung wichtig. Es kann keine Lösung geben, von der nur Mitglieder des Gewerbeverbandes profitieren, das wäre auch gesetzlich nicht zulässig. Wir werden aber wieder das Gespräch suchen, ich bin der Letzte, der eine Solaroffensive bremsen würde.